

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

17. August 2015

### **Afghanistan**

#### **Deutsche in Kabul entführt**

Pressemeldungen zufolge wurde heute Morgen (17.08.15) eine deutsche Mitarbeiterin der GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) in Kabul von Unbekannten entführt.

#### **Sicherheitslage**

In der Provinz Badakhshan (Nordosten) haben Taliban Straßensperren errichtet und erpressen Geld sowie andere Gegenstände von Reisenden.

Teile der ebenfalls im Nordosten gelegenen Provinz Kunduz (Distrikt Dashti-i-Archi und andere) sollen unter Kontrolle der Taliban sein.

Am 16.08.15 wurden in Badakhshan ein Polizist und seine Frau von Unbekannten ermordet.

Im Distrikt Shindand der westlichen Provinz Herat starben am 15.08.15 bei internen Auseinandersetzungen der Taliban mehrere Menschen.

Am 14.08.15 wurde ein im Aufbau befindliches Krankenhaus in Badakhshan niedergebrannt.

Am gleichen Tag wurde in Nangarhar (Osten) ein Schuldirektor von Taliban erschossen. Ebenfalls am 14.08.15 starb bei einem Anschlag auf die lokale Polizei in Logar (Zentrum) ein Polizist, 23 weitere wurden verletzt.

Am 13.08.15 ermordeten Taliban in der Provinz Badakhshan einen Mitarbeiter des afghanischen Geheimdienstes. Am selben Tag wurde ein führender Stammesältester in Herat (Westen) ermordet, vermutlich von Taliban.

Am 11.08.15 tötete ein Selbstmordattentäter vor dem Flughafen Kabul mindestens fünf Menschen, 16 wurden verletzt. Am gleichen Tag brannten in der westlichen Provinz Ghor Aufständische bei einem Angriff auf ein Dorf zahlreiche Häuser nieder und vernichteten die Ernte. Zwei Menschen wurden verletzt, fünf entführt. Ebenfalls am 11.08.15 töteten Militante vier zuvor entführte Ingenieure.

Weitere bewaffnete Zusammenstöße mit zum Teil zivilen Opfern gab es in Badghis, Farah (Westen), Helmand, Zabul (Süden), Ghazni, Paktika (Südosten), Jawzjan, Faryab (Norden), Nangarhar (Osten), Baghlan (Nordosten) und Maidan Wardak (Zentrum).

Nach Erkenntnissen der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) sei die Zahl der zivilen Opfer im Norden in diesem Jahr deutlich angestiegen. Es sollen mindestens 44 Menschen getötet und über 600 verwundet worden sein.

### **Iran/Afghanistan**

#### **Tägliche Einreise von Flüchtlingen**

Nach Angaben des iranischen Innenministers, Abdel Reza Rahmani Fazli, reisen täglich rd. 2.000 Afghanen illegal nach Iran ein, was dem Land große Probleme bereite. Bei einer Dreiersitzung der iranischen Minister für Gesundheit, Wohlfahrt und des Inneren am 12.08.15 erklärte Fazli: Bei dieser Anzahl von Flüchtlingen ist es unmöglich, allen illegal eingewanderten Personen Krankenversicherungsschutz anzubieten. Der Innenminister fügte hinzu, dass Iran auch für diese Personen keine Verantwortung übernehmen könne. Hingegen wird Iran legal eingewanderten Afghanen, also denjenigen, die mit einem gültigen Pass die Grenze nach

Iran passierten und eine Aufenthaltserlaubnis besitzen, dieselben Dienste anbieten, die den Einheimischen angeboten werden. Die drei Minister waren zusammengekommen, um über Flüchtlingsprobleme zu beraten.

### **Augenamputationsstrafe verhängt**

Nach iranischen Presseberichten soll der 27-jährige Täter bei einer Schlägerei vor vier Jahren die Augen eines anderen Mannes verletzt haben. Der Täter beteuerte vor Gericht, dass er nur seinem Vater zu Hilfe kommen wollte und die Verletzung nicht beabsichtigt gewesen sei. Das Gericht entschied dennoch, dass der Täter zur Strafe ebenfalls seine Augen verlieren müsse. Das Urteil sei am 01.08.15 verkündet worden. Es ist die zweite Blindung in Iran in diesem Jahr. Zur Rechtfertigung der körperlichen Vergeltungsstrafen beruft sich die iranische Justiz auf die im Scharia-Recht verankerte Qisas-Strafe. Qisas bedeutet, dass bestimmte Verbrechen analog zur ursprünglichen Tat vergolten werden. Nur die Opfer oder ihre Angehörigen können selbst bestimmen, ob sie auf Vergeltung bestehen oder sich mit einer Schadensersatzzahlung zufrieden geben (Diyeh oder Dyat, sog. Blutgeld; Minimalsatz rd. 31.500 €).

## **Irak**

### **Anschläge**

Am 10.08.15 wurden bei zwei Anschlägen in der Provinz Diyala mindestens 58 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt. Eine Explosion ereignete sich auf einem Markt in Huwaidar, ca. 4 km nördlich der Provinzhauptstadt Baquba. Dabei wurden mindestens 51 Menschen getötet und mindestens 80 verletzt. Bei einer weiteren Explosion östlich von Baquba wurden mindestens sieben Menschen getötet und weitere 25 verletzt. Zu den Anschlägen bekannte sich der IS.

Am 13.08.15 wurden bei einem Autobombenanschlag auf einem belebten Markt in Bagdad, im schiitischen Stadtviertel Sadr City, mindestens 60 Menschen getötet und mindestens 150 verletzt, einer anderen Pressemeldung zufolge wurden rund 200 Menschen verletzt. Der IS habe sich zu dem Anschlag bekannt.

Bei einer erneuten Serie von Bombenanschlägen in Bagdad kamen am 15.08.15 mindestens 24 Menschen ums Leben. Dabei starben u.a. bei einem Autobombenanschlag in dem schiitischen Stadtbezirk Habibiya 15 Menschen. Bei Explosionen in Einkaufsstraßen und auf Märkten in den Bezirken Jisr Diyala, Madaen und Iskan wurden sieben Menschen getötet. Im Norden Bagdads starben bei einem Anschlag zwei Menschen.

### **Reformen**

Am 11.08.15 verabschiedete das irakische Parlament ein Reformpaket von Ministerpräsident Haidar al-Abadi. Damit sollen u.a. die weitverbreitete Korruption bekämpft und die konfessionellen Quoten bei Regierungsämtern abgeschafft werden. Damit würden auch Stellvertreterposten wegfallen. Es wurde ein weiteres Reformpaket verabschiedet, wodurch u.a. die Zahl der Ministerien reduziert wird.

## **Pakistan**

### **Innenminister der Provinz Punjab ermordet**

Am 16.08.15 wurde der Innenminister der Provinz Punjab bei einem Selbstmordanschlag getötet. Mindestens 17 weitere Personen sollen ebenfalls ums Leben gekommen sein, über 20 wurden verletzt. Der Anschlag ereignete sich nordwestlich der Hauptstadt Islamabad. Es wird vermutet, dass die verbotene Gruppe Lashkar-i-Jhangvi (LeJ) für den Anschlag verantwortlich ist. Aber auch andere Gruppen wie die Lashkar-e-Islam und die Jamaat-ul-Ahrar Fraktion der pakistanischen Taliban (TTP) behaupten, den Anschlag durchgeführt zu haben.

## **Türkei**

### **Koalitionsgespräche gescheitert**

Zwei Monate nach der Parlamentswahl sind die Sondierungsgespräche über eine Koalition zwischen der Regierungspartei AKP und der oppositionellen CHP gescheitert. Der AKP-Vorsitzende, Ministerpräsident Ahmet Davutoglu, erklärte am 13.08.15 nach einem letzten Treffen mit CHP-Chef Kemal Kilicdaroglu, dass keine Grundlage für eine Partnerschaft gefunden worden sei und damit die Abhaltung von Neuwahlen im

November sehr wahrscheinlich sei. Die Frist zur Regierungsbildung läuft bis zum 23.08.16. Die AKP könnte zwar mit der nationalistischen MHP weiterverhandeln, doch deren Chef Devlet Bahçeli hat bisher jede Koalition ausgeschlossen.

### **PKK-Bedingungen für Rückkehr zu Waffenruhe**

Die politische Dachorganisation der PKK, die Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK), erklärte am 12.08.15 ihre grundsätzliche Bereitschaft für eine Rückkehr zu der 2013 geschlossenen Waffenruhe. Als Bedingung dafür forderte sie eine unabhängige Überwachung der neuen Waffenruhe und die Freilassung politischer Gefangener. Zudem dürfe die Armee die Waffenruhe nicht nutzen, um ihre Präsenz in den Kurdengebieten zu verstärken. Unterdessen führte die türkische Armee als Reaktion auf die vorangegangenen Anschläge Luftangriffe auf 17 Stellungen der PKK in der südöstlichen Provinz Hakkari im Grenzgebiet zum Irak und Iran durch. Die PKK bekannte sich zu den Anschlägen in Sırnak vom 10.08.15, die linksextremistische DHKP-C übernahm die Verantwortung für den Beschuss des US-Konsulats in Istanbul. Auch in der vergangenen Woche kam es vor allem im kurdisch geprägten Südosten der Türkei immer wieder zu Zusammenstößen zwischen der PKK und Sicherheitskräften mit Toten und Verletzten auf beiden Seiten.

## **Syrien**

### **Kämpfe gehen weiter**

Bei Luftangriffen der syrischen Armee auf Douma (eine Hochburg der Rebellen dreizehn Kilometer nordöstlich von Damaskus in der Region Ost-Ghouta) wurden am 16.08.15 mindestens 80 Personen getötet und mehr als 200 verletzt. Beobachter warfen der Luftwaffe vor, auch nach dem Eintreffen der Rettungskräfte den Beschuss fortgesetzt zu haben.

Radikalislamische Rebellen rückten weiter in Richtung der Provinz Latakia vor; bei Angriffen auf die gleichnamige Küstenstadt am 13.08.15 wurden mindestens zwei Menschen getötet und 13 weitere verletzt. Das Rebellenbündnis Armee des Islams (Jaysh al-Islam oder Army of Islam) gab an, es habe auch den Präsidentenpalast in der Provinz beschossen. Latakia, das als Kernland der Alawiten gilt, wurde bisher weitgehend vom Bürgerkrieg verschont.

Am 12.08.15 lieferten sich Rebellen und syrische Regierungstruppen schwere Gefechte in Damaskus, wobei bei Luftangriffen auf Rebellengebiet mindestens 31 Menschen getötet wurden.

Nach Schätzungen der UN sollen seit Beginn des bereits mehr als vier Jahre dauernden Bürgerkrieges mehr als 250.000 Menschen getötet und über eine Million verletzt worden sein.

### **Rebellen und Hizbollah handeln Waffenruhe aus**

Ahrar al-Sham, örtliche Rebellen und die Hizbollah (im Hintergrund wohl auch Vertreter der Türkei und Irans) handelten für mehrere umkämpfte Städte im Nordwesten Syriens eine Waffenruhe aus, die am 12.08.15 begann, aber drei Tage später wieder beendet wurde. Sie galt für die Stadt Sabadani, etwa 45 Kilometer nordwestlich von Damaskus und zehn Kilometer entfernt von der libanesischen Grenze, und die Orte Fuaa und Kafraja in der Provinz Idleb. Im Juli 2015 hatte die Hizbollah zusammen mit Regierungstruppen eine Offensive gestartet, um Sabadani zurückzuerobern. Die beiden Dörfer Fuaa und Kafraja zählen zu den letzten Orten in dem Gebiet, die sich noch unter Kontrolle der syrischen Regierung befinden. Sie wurden als Reaktion auf die Angriffe auf Sabadani von dem Rebellenbündnis Armee der Eroberung (Jaysh bzw. Jaish al-Fatah) belagert.

### **Jabhat al-Nusra lässt Geiseln frei**

Die radikalislamische Gruppierung Jabhat al-Nusra (al-Nusra-Front) ließ sieben gefangen genommene Mitglieder der von den USA ausgebildeten Division 30 frei, die sie Ende Juli 2015 entführt hatte.

### **AI wirft Regierungstruppen und Rebellenarmee Kriegsverbrechen vor**

AI warf regierungstreuen Truppen Kriegsverbrechen in Ost-Ghouta unweit der Hauptstadt Damaskus vor, da in der von ihr belagerten Region 163.000 Menschen unter Lebensmittelmangel und Mangel an Medikamenten litten, sie daher Hunger als Kriegswaffe einsetzten. Auch käme es dort zu willkürlichen Hinrichtungen. AI beschuldigte auch die Rebellenarmee des Islam, Lebensmittel zu horten und für Entführungen und willkürliche Festnahmen verantwortlich zu sein. Ost-Ghouta wird seit zwei Jahren von regierungstreuen Kräften belagert. Auch mehrere Insider der syrischen Führung warfen dem Präsidenten Kriegsverbre-

chen vor: Vergewaltigung von Kindern vor ihren inhaftierten Vätern, Folter in Gefängnissen, falsche Totenscheine, außerdem sollen Regimegegner mit chemischen Injektionen und falschen Bluttransfusionen in Krankenhäusern ermordet worden sein.

### **Vorwurf: Chemikalien zur Herstellung von Waffen versteckt**

Der frühere Chef eines Chemiewaffen-Forschungszentrums der Armee, Saher al-Saket, warf dem syrischen Präsidenten Assad vor, Chemikalien zur Herstellung von Waffen vor der internationalen Gemeinschaft versteckt zu haben. Er wisse, dass es zu Beginn der Revolution 3.000 Tonnen Chemikalien zur Herstellung von Chemiewaffen gegeben habe. Es seien jedoch 2013 nur 1.300 Tonnen vernichtet worden, als Assad den Auflagen der UN-Resolution zur Vernichtung der Chemiewaffen zustimmte. Die Chemikalien seien in mehreren vom Regime kontrollierten Städten versteckt worden.

## **Libanon**

### **Präsidentenwahl erneut gescheitert**

Am 12.08.15 scheiterte der 27. Versuch des libanesischen Parlaments, nach dem Ende der Amtszeit von Michel Suleiman am 25.05.14 einen neuen Präsidenten zu wählen. Am 23.04.14 hatte der erste Wahlgang keinen Erfolg, bei dem ein Kandidat eine Zweidrittel-Mehrheit benötigt hätte, um gewählt zu sein. Seither reicht zur Wahl eines neuen Staatsoberhauptes im Libanon die einfache Mehrheit. Weil sie ihren Kandidaten Michel Aoun nicht durchsetzen können, boykottieren die Abgeordneten der Allianz des 8. März (die Vertretung der Hizbollah) seither die Wahlsitzungen, so dass kein Quorum zustande kommt und eine Wahl nicht stattfinden kann.

### **Al-Asir festgenommen**

Am 15.08.15 wurde der Salafistenführer Scheich Ahmed al-Asir bei dem Versuch, mit einem gefälschten Ausweis über Ägypten nach Katar auszureisen, verhaftet. Asir, der sich einer Gesichtsoperation unterzogen hatte, galt als Kritiker der Hizbollah-Miliz und Unterstützer des Widerstands gegen Bashar al-Assad und befand sich seit Juni 2013 auf der Flucht. Seine Basis südlich von Beirut war zu dem Zeitpunkt von der libanesischen Armee gestürmt worden, wobei 18 Soldaten ums Leben kamen. 2014 wurde al-Asir von einem Militärgericht wegen der Gründung einer bewaffneten Gruppe, die Armeeinghörige getötet hat, sowie wegen der Aufhetzung von Sunniten und Schiiten verurteilt, wobei der Richter die Todesstrafe empfahl.

## **Jemen**

### **850.000 Kinder droht der Hungertod**

Die UN und das IKRK zeigen sich besorgt über eine dramatische Verschlechterung der Versorgungslage im Jemen. Besonders davon betroffen seien rd. 850.000 Kinder, die unter schwerer Unterernährung litten. Dies erklärte die Verantwortliche der UN für ein Recht auf Nahrung, Hilal Elver, am 11.08.15. Der Chef des IKRK, Peter Maurer, sprach ebenso von einer „katastrophalen“ humanitären Lage. Keine Familie werde von dem Konflikt verschont, so Maurer. Um sich ein Bild von der Lage zu machen, hatte sich Maurer in den vergangenen Tagen im Jemen aufgehalten. Die UN geht davon aus, dass schon in wenigen Wochen 1,2 Mio. Kinder von Mangelernährung betroffen sind, wenn der Konflikt weiterhin so massiv ausgetragen werde. Hilal Elver kritisierte, dass die schweren Luftangriffe der saudischen Militärkoalition immer wieder Märkte und Versorgungstransporte treffen. Seit Mitte Juli sind die schiitischen Houthi-Rebellen in ihrem Kampf gegen regierungstreue sunnitische Verbände mit saudischer Luftwaffenunterstützung in der Defensive. Sie verloren die Kontrolle über die wichtige Hafenstadt Aden, die südliche Provinz Lahij sowie einen der größten Luftwaffenstützpunkte des Landes. Das Aushungern von Zivilisten kann als „Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ eingestuft werden, erklärte Hilal Elver. Bei den Kämpfen im Jemen kamen nach bisheriger Einschätzung der WHO mehr als 4.300 Menschen ums Leben, ein Großteil davon Zivilisten.

## **Libyen**

### **Mindestens 100 Tote bei Kämpfen zwischen IS und Milizen**

Der IS hat einen am 11.08.15 in der nördlichen Stadt Sirte begonnenen Aufstand örtlicher Milizen sowie einer Salafistengruppe gewaltsam niedergeschlagen. Die libyschen Behörden gehen von über 100 Toten in der Bevölkerung aus. Die Kämpfe brachen zu Beginn der letzten Woche aus, nachdem der IS einen einflussreichen Imam getötet hatte. Zahlreiche Aufständische seien an Metallgerüsten gekreuzigt worden, Exekutierte hätten an Brücken gehangen. 22 Verletzte wurden in einem Lazarett hingerichtet, das Gebäude selbst wurde in Brand gesteckt. Auf Ersuchen des international anerkannten Regierungschefs al-Thani, der hier von einem Massaker spricht, tritt am 18.08.15 in Kairo die Arabische Liga zu einem Krisentreffen zusammen. Al-Thani möchte erreichen, dass die Arabischen Staaten mit Kampfflugzeugen in Sirte eingreifen.

## **Ägypten**

### **Anschlag auf Polizeikräfte**

Bei der Detonation eines Sprengsatzes in der Nähe eines Verkehrspostens in Kairo wurden am 10.08.15 vier Menschen, davon drei Polizisten, verletzt. Zu der Tat bekannte sich die Gruppe Aynad Misr, eine militant-salafistische Gruppe, die seit Jahresbeginn im Großraum Kairo gegen Sicherheitskräfte in Erscheinung getreten ist.

### **Anti-Terror-Gesetz**

Der ägyptische Präsident Abdel Fattah el-Sisi hat ein umstrittenes Anti-Terror-Gesetz in Kraft gesetzt, dieses hatte er bereits nach der Ermordung von Generalstaatsanwalt Hirscham Baraket Ende Juni 2015 angekündigt. Danach sind hohe Geldstrafen sowie ein bis zu einjähriges Berufsverbot für Journalisten bei von der Behördenversion abweichender Darstellung extremistischer Angriffe vorgesehen. Angaben des Justizministers Ahmed al-Sind zufolge führte die Berichterstattung über eine Anschlagsserie des IS vom 01.07.15 auf Kontrollposten der Armee auf der Sinai-Halbinsel zu diesen harten Bestimmungen. Das neue Gesetz ermöglicht zudem den Einsatz von Sondergerichten bei Staatsschutzdelikten und stellt Polizisten und Soldaten straffrei, wenn sie Gewalt „in Ausübung ihrer Pflichten“ anwenden. Für die Bildung und Leitung einer terroristischen Vereinigung sieht das Gesetz eine lebenslange Freiheitsstrafe oder die Todesstrafe vor, die Mitgliedschaft in einer solchen soll mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft werden.

### **Berufung gegen Todesstrafe**

Die Anwälte des ägyptischen Ex-Präsidenten Mohammed Mursi haben Berufung gegen seine Verurteilung zum Tode und gegen eine weitere Verurteilung zu lebenslanger Haft eingelegt. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass er im Jahr 2011 gemeinsam mit der palästinensischen Hamas und der libanesischen Hisbollah seine Flucht aus dem Gefängnis organisiert sowie für die Hamas, die Hisbollah und den Iran spionierte hatte.

## **Burundi**

### **Aktuelle Lage**

Jean Bikomagu, der ehemalige Stabschef der burundischen Armee, wurde am 15.08.15 in Bujumbura erschossen.

Die Sprecherin des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, Ravina Shamdasani, warnte am 14.08.15 vor eskalierender Gewalt im Lande. Seit dem Ausbruch der Gewalt im April 2015 seien mindestens 96 Menschen, meist Unterstützer der Opposition, getötet worden. Etwa 600 Menschen seien festgenommen worden; in mindestens 60 Fällen sei es zu Folter gekommen, in vielen weiteren zu Misshandlungen.

Mehr als 200.000 Menschen flohen bislang in die Nachbarländer Tansania (85.200), Ruanda (71.600), Uganda (28.300), die DR Kongo (14.322) und Kenia (7.000) sowie in das südliche Afrika (3.000).

## **Nigeria**

### **Dreimonatsfrist zur Beendigung des Boko-Haram-Terrors**

Am 13.08.15 setzte Präsident Buhari im Rahmen der feierlichen Vereidigung der Mitte Juli neu ernannten Militärführung eine Frist von drei Monaten, innerhalb der die Terrororganisation besiegt sein soll. Bei der Erfüllung der Aufgabe soll das Militär eng mit den Nachbarstaaten Niger, Tschad und Kamerun zusammenarbeiten. Buhari betonte, dass beim Kampf gegen die Aufständischen Zivilisten geschützt und die Rechte der Gegner beachtet werden müssen.

### **Abubakar Shekau nicht mehr Anführer der Boko Haram?**

In einer am 16.08.15 veröffentlichten achtminütigen Audiobotschaft erklärte Abubakar Shekau, der bisherige Anführer der nigerianischen Terrororganisation Boko Haram, er lebe und sei noch immer der Anführer der Gruppe. Mit dieser für den Führer des Islamischen Staates, Abubakr Al-Baghdadi, bestimmten Botschaft reagierte Shekau auf Angaben des tschadischen Präsidenten Idriss Deby. Dieser hatte am 12.08.15 verkündet, dass Shekau verwundet und durch Mahamat Daoud als neuen Anführer der Terroristen ersetzt worden sei. Laut Deby sei Daoud zu Verhandlungen mit der nigerianischen Regierung bereit. Shekau war letztmals im Februar 2015 in einer Videobotschaft zu sehen und im März 2015 in einer Audiobotschaft zu hören.

### **Angriffe und Anschläge der Boko Haram**

Am Morgen des 15.08.15 sprengte sich im Bundesstaat Borno ein Selbstmordattentäter in dem etwa 160 km südlich von Bornos Hauptstadt Maiduguri gelegenen Dorf Ramirgo in die Luft. Die Detonation erfolgte am Eingang zum Markt, als der Attentäter kontrolliert wurde. Außer ihm starben hierbei noch zwei weitere Personen.

Am Abend des 11.08.15 überfielen Kämpfer der Boko Haram das nahe der Stadt Maiduguri gelegene Dorf Bale Mamman, Jere Local Government Area (LGA). Sie töteten acht Personen und entführten vier Frauen.

Am 11.08.15 explodierte im Bundesstaat Borno auf dem Wochenmarkt der Stadt Sabon Gari, Damboa LGA, ein Sprengsatz. Mindestens 47 Menschen wurden getötet; weitere 52 verletzt.

## **Kamerun**

### **Tote bei Überfall der Boko Haram**

In der Nacht vom 12. auf den 13.08.15 griffen Kämpfer der Boko Haram in der nördlichen Region Extrême-Nord das Dorf Blamé an. Sie schnitten sechs Bewohnern die Kehlen durch. Bei einem anschließenden Gefecht mit dem Militär wurden zwölf der Terroristen und ein Soldat getötet.

## **DR Kongo**

### **34 Personen in Katanga wegen Genozids angeklagt**

Am 13.08.15 erhob der Generalstaatsanwalt der südöstlichen Provinz Katanga Anklage gegen 34 Personen wegen Genozids und Verbrechens gegen die Menschlichkeit. Die Angeklagten gehören den Luba, einer Bantu-Ethnie, und den Twa, einer Gruppe von Pygmäen, an. Zwischen beiden Ethnien kommt es seit Mai 2013 in Katanga zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die Twa beklagen fehlenden Zugang zu Land und einer Grundversorgung. Die Anklagen erfolgen erstmals in der DR Kongo aufgrund eines 2013 in Kraft getretenen Gesetzes, das Zivilgerichten die Kompetenz einräumt, Fälle von Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhandeln.

## **Ukraine**

### **Heftigste Gefechte seit Monaten**

In der Ukraine haben letzte Woche die heftigsten Kämpfe seit der Vereinbarung der letzten Waffenruhe stattgefunden. Die prorussischen Rebellen berichten über Tote und Verletzte bei Gefechten in der Gegend um den Flughafen Donezk. Die ukrainische Seite meldet mindestens zwei Tote und zehn Verletzte innerhalb

von 24 Stunden. Es sollen sowohl Mörsergranaten als auch Panzer und Raketenwerfer zum Einsatz gekommen sein, Waffen die längst hätten abgezogen sein sollten.

Heftige Gefechte wurden auch um die Hafenstadt Mariupol gemeldet.

Sowohl die Separatisten als auch die ukrainische Regierung werfen jeweils der anderen Seite vor, größere Angriffe vorzubereiten.

## **Sri Lanka**

### **Parlamentswahlen**

In Sri Lanka haben am 17.08.15 die Parlamentswahlen begonnen. Dabei kommt es zu einer interessanten Konstellation. Acht Monate nach seiner überraschenden Abwahl als Präsident des Landes kandidiert Mahinda Rajapaksa nun für das Amt des Premierministers. Unterstützung erhält er dabei von Anhängern der Sri Lanka Freedom Party, deren Parteivorsitzender jedoch Präsident Maithripala Sirisena ist, der sich im Januar mit Unterstützung der oppositionellen United National Party gegen Rajapaksa durchsetzen konnte. Rajapaksa, unter dessen Herrschaft im Mai 2009 der Kampf gegen die separatistische Liberation Tamil Tigers of Eelam (LTTE) siegreich beendet wurde, warf seinem Kontrahenten Verrat vor. Sirisena hofft deshalb auf ein schwaches Abschneiden seiner eigenen Partei, damit die UNP mit Ranil Wickremesinghe weiterhin den Premierminister stellen kann.

## **Myanmar**

### **Regierungschef entmachtet**

Am 13.08.15 wurde Shwe Mann, Vorsitzender der regierenden Partei Union der Solidarität und Entwicklung (USDP), wegen Differenzen mit Präsident Thein Sein seines Amtes enthoben. Die Polizei hatte am 13.08.15 nach Angaben von Shwe Manns Sohn Toe Naing Mann die Zentrale der USDP besetzt. Parlamentswahlen, bei denen sich außer der USDP die lange Zeit unterdrückte Partei von Aung San Suu Kyi zur Wahl stellen wird, sollen am 08.11.15 stattfinden. Shwe Mann wirbt für eine Reduzierung der Befugnisse des einflussreichen Militärs.

### **Schwere Überschwemmungen**

Das Land erlebt die schlimmsten Überschwemmungen seit vielen Jahren. Heftiger Monsunregen, der Ende Juni begonnen hatte, verursachte zusammen mit dem Zyklon „Komen“ Überflutungen und Erdbeben, betroffen von den schweren Überschwemmungen sind zwölf der vierzehn Staaten. Circa ein Drittel der etwa eine Million Flutopfer stammt aus dem Irrawaddy-Delta im Süden Myanmars.

## **Malaysia**

### **Premierminister angeklagt**

Ministerpräsident Najib Razak soll laut Nurul Izzah Anwar, Tochter des inhaftierten Oppositionsführers Anwar Ibrahim, gegen Gesetze zur Wahlkampffinanzierung verstoßen haben. Die Opposition habe deswegen Klage eingereicht. Wegen des Korruptionsskandals waren Ende Juli 2015 bereits Generalstaatsanwalt Adul Gani Patail und mehrere Regierungsmitglieder, darunter auch der stellvertretende Premierminister Mahyiddin, entlassen worden.

## **China**

### **Staatliche Maßnahmen gegen Bürgerrechtsanwälte**

Die Behörden setzen die jüngste Serie von Schritten gegen Bürgerrechtsanwälte (vgl. BN v. 10.08.15) offenbar fort. Wie die Organisation Chinese Human Rights Defenders (CHRD) am 10.08.15 berichtete, wurden bislang mindestens 323 Anwälte und mit ihnen verbundene Personen Ziel staatlicher Maßnahmen. 23 von ihnen befänden sich derzeit noch in staatlichem Gewahrsam.